



# Sitzungsvorlage

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum
Rat	Entscheidung Ö	29.09.2021

## **Genehmigung von außer- bzw. überplanmäßigen Auszahlungen/Aufwendungen in Folge der Unwetterkatastrophe**

### Kurze sachliche Darstellung und Begründung:

In der interfraktionellen Sitzung vom 09. September 2021 berichteten Verwaltung und Wehrleitung über die Hochwasserkatastrophe vom 14./15. Juli 2021.

In diesem Rahmen wurden Ersatz- und Neubeschaffungsmaßnahmen erörtert, die kurzfristig eine effektivere Gefahrenabwehr im Umgang mit Extremwetterereignissen sicherstellen sollen.

Für den Bereich der Feuerwehr sind Ersatzbeschaffungen im Hinblick auf nach den Einsätzen nicht mehr gebrauchsfähige Einsatzbekleidung, defektes technisches und Einsatzgerät in Höhe von 12.500,- € erforderlich. Für Neubeschaffungen (bspw. Sandsackcontainer verbunden mit erhöhter Bevorratung gefüllter Sandsäcke, Big Bags, hochwassergerechte Bekleidung, verschiedene Pumpen, diverse Rollcontainer für Hochwassereinsätze, Schlauchsystem, Verbesserung der EDV-Ausstattung, weiteres technisches Gerät) sind 77.000,- € zu veranschlagen.

Im Kanalwesen sollen weitere Pumpen und Schläuche beschafft werden und ein Planungsauftrag für einen Hochwasserverschluss im Kanalnetz Hochbrück erteilt werden. Diese Maßnahmen belaufen sich auf einen Betrag in Höhe von 50.000,- €.

Die gesamten Maßnahmen belaufen sich demnach auf 139.500,- €, die außer- bzw. überplanmäßig für das Haushaltsjahr 2021 bereitgestellt werden sollten, um die Handlungsoptionen in derartigen Katastrophenlagen kurzfristig zu optimieren.

### Haushaltsmäßige Begründung:

Die Deckung der Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen, sofern diese nicht durch Zuweisungen aus Förderprogrammen erfolgt, kann durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen bei der Gewerbesteuer sichergestellt werden.

### Beschlussvorschlag:

Die außer- bzw. überplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von 139.500,- € für das Haushaltsjahr 2021 für Ersatz- und Neubeschaffungen in Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe wird beschlossen.